

Steiniger Solothurner Boden

Autor(en): **Grimm, Bruno**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **16 (1936-1937)**

Heft 12

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-332803>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Höchstmaß von Leistung aber benötigen wir mehr als je. Der Bedeutung des Vorstoßes von Nationalrat Stucki wird man nicht gerecht, wenn man behauptet, es habe sich nichts geändert und alles bleibe beim alten. Doch, doch! Es hat sich gerade in unserer letzten Zeit sehr vieles geändert. Das zeigt am besten die Tatsache, daß niemals früher, wohl aber heute ein Vorstoß Stucki gekommen ist. Er und die ganze damit verbundene Diskussion waren das Eingeständnis dafür, daß in der schweizerischen Demokratie die Mehrheitsbildung der bis heute regierenden Parteien in Not geraten ist und mit den alten Methoden nicht weiter kommt. Nationalrat Stucki hat noch am letzten Oltener Parteitag (11. Juli 1937) in der eindringlichsten Weise darauf hingewiesen, daß Volk und Stände in den nächsten Jahren zu den weitesttragenden Wirtschafts-, Finanz- und Verkehrsfragen werden Stellung nehmen müssen. »Sind wir einer Mehrheit sicher, wenn alles beim alten bleibt?« fragte Dr. Stucki. Es ist kein Zufall, daß fast im gleichen Zeitpunkt die Neue Helvetische Gesellschaft (Eingabe vom 5. Juli an den Bundesrat und die eidgenössischen Räte) nicht weniger nachdrücklich auf die Verlotterung des Rechts hinweist, welche als Folge des autokratischen Regierens im Bunde in Erscheinung tritt.

In der neuen Verfassungsbewegung so gut wie in den Alltagsfragen der Politik wird die Sozialdemokratische Partei nicht seitab stehen. Die erschütterte Demokratie zu sichern und die schweizerische Volkswirtschaft in einer dem ganzen Volk dienenden Weise zu reorganisieren, sind zwei dringendste Aufgaben. Sie werden nicht ohne die Sozialdemokratische Partei zu lösen sein. Sie werden auch nur in einem Geiste zu lösen sein, der in hohem Maße vom Sozialismus her beeinflusst ist. Darum wird und kann die Sozialdemokratische Partei sich auch durch keine Entschließungen anderer Parteien die kollektivwirtschaftlichen Grundsätze und durch keine Bundesratssitze die sozialistische Gesinnung abhandeln lassen. Wir werden unablässig im Sinne der sozialistischen Ideale wirken und unermüdlich das Schweizervolk vor sozialistische Entscheidungen stellen. Noch bevor die jetzige Dauerkrise zu Ende ist, signalisiert man aus Uebersee das drohende Nahen einer neuen. Noch bevor die furchtbaren, lange nachhallenden Folgen des Weltkrieges überwunden sind, erhebt sich aus dem faschistischen Kapitalismus die Gefahr einer noch viel schrecklicheren Weltvernichtung. Diese Welt reift für den Sozialismus.

Steiniger Solothurner Boden

Von Bruno Grimm.

Der Kampf der organisierten Arbeiterschaft hat sich im Kanton Solothurn immer unter den schwersten Bedingungen vollzogen. Es mag darum wissenswert sein, Näheres über die in diesem Jahre stattgefundenen *Gesamterneuerungswahlen des Kantonsrates* und der *Gemeinderäte* zu erfahren.

I.

Wer die Politik im Stande Solothurn verstehen will, darf die Tatsache nicht übersehen, daß wir es hier mit einem *Kulturkanton* zu tun haben, in dem der politische Katholizismus trotz seiner Minderheitsstellung dominiert und sich ungeachtet des Zeitgeschehens auch nach der Jahrhundertwende als kirchliche Bewegung kräftig ausbreitet. Zwei Daten aus den Volkszählungen von 1900 und 1930 liefern eine aufschlußreiche Illustration hierzu:

Jahr	Wohnbevölkerung	Protestanten	Katholiken
1900	100 762	31 171	69 332
1930	144 593	55 127	87 090*

* inkl. 5429 Christkatholiken.

Rom ist nicht nur ein Programm, es ist auch eine Macht. Der Priester ist zwar ein Kanzelredner, aber ebensowohl der prädestinierte politische Agitator. So erklärte der Herr Stadtpfarrer von Olten unmittelbar vor den Wahlen: »*Politik und Religion können nicht voneinander getrennt werden . . . Wir müssen auch einmal Rechenschaft vor Gott ablegen, wie wir gestimmt haben.*« Die Macht der katholischen Kirche vermochte zwar das Aufkommen der *freisinnig stimmenden Katholiken* nicht zu verhindern, wohl aber bleibt die Kirche nach wie vor ein politisches Propagandamittel erster Ordnung. Wie sehr die konservativen Politiker andere Interessen der Politik unterordnen, zeigt das Beispiel der stockkonservativen Gemeinde Mümliswil, die es ablehnte, eine neue Industrie auf Gemeindegebiet einzuziehen zu lassen, weil unsere besorgten Seldwyler befürchteten, aus dem Zuzug neuer Arbeitskräfte von auswärts könnte der Konservativen Partei Schaden erwachsen. Spurlos ist diese Politik am Bestand der Volkspartei nicht vorbeigegangen. Sie erlitt in diesem Jahr einen Verlust von rund 500 Stimmen, die sich allerdings nicht restlos *freiwillig* dem Freisinn zugewandt haben dürften.

II.

Das Vorhandensein eines kompakten konservativen Blocks — der erstmals bei den diesjährigen Kantonsratswahlen einen bemerkenswerten Schlag durch den Freisinn erlitt — liefert den Schlüssel für das Verständnis der überragenden Stellung, die der *Freisinn* in der solothurnischen Politik einnimmt. Der Freisinn, der Liberalismus, blickt auf eine während eines Jahrhunderts dauernde Herrschaft zurück. In Prozent der Stimmenden weist er seit dem Jahre 1896 folgende Stärke auf:

1896 . . .	56,00 %	1921 . . .	45,52 %
1900 . . .	57,83 %	1925 . . .	47,20 %
1904 . . .	57,29 %	1929 . . .	48,48 %
1908 . . .	52,73 %	1933 . . .	47,07 %
1912 . . .	52,91 %	1937 . . .	50,47 %
1917 . . .	45,91 %		

Lange bevor eine starke sozialdemokratisch gesinnte Arbeiterschaft das öffentliche Leben befruchtete, war der Freisinn der Bannerträger

jener Epoche, die den liberalen Bundesstaat geschaffen hat. In diesem Entwicklungsprozeß ist der Freisinn mehr als anderswo zum Sammelbecken aller fortschrittlich gesinnten Bürger geworden. Indes auch der solothurnische Liberalismus entging seinem Schicksal nicht. An einem bestimmten Punkt der Entwicklung angelangt, wird er reaktionär. Das Gesetz des Profits wird ihm zur Fessel. Im Sinne des geschichtlichen Fortschritts kommt er nicht mehr vorwärts — eine Partei wie die der *Zürcher Demokraten* ist im Kanton Solothurn ein unmögliches Gebilde! — und nun beginnt jenes düstere Kapitel industrieller Magie, mit der die Unternehmer es fertigbringen, die Arbeiterschaft an *ihre* Partei, an die Freisinnige Partei, zu ketten, von deren Machenschaften weiter unten die Rede sein soll.

III.

Der Solothurner Freisinn verfügte zwar immer über eine Reihe kraftvoller Persönlichkeiten, aber dieser Umstand erklärt weder seinen jüngsten Erfolg noch frühere Mißerfolge. Die Vorläuferin der Sozialdemokratischen Partei, die »Arbeiterpartei«, trat erstmals im Jahre 1896 in den Kampf um die Neubesetzung des Kantonsrates. Von den damals 108 Mandaten eroberte sie 7, während heute die Sozialdemokratie über 31 von 146 Mandaten gebietet. Der Einfluß der Arbeiterschaft hat sich während vier Jahrzehnten verdoppelt. Die sozialdemokratischen Listenstimmen betragen in Prozenten der Stimmenden:

1896 . . .	10,06 %	1921 . . .	25,24 %
1900 . . .	9,47 %	1925 . . .	23,97 %
1904 . . .	10,14 %	1929 . . .	22,26 %
1908 . . .	18,02 %	1933 . . .	22,97 %
1912 . . .	17,34 %	1937 . . .	20,57 %
1917 . . .	25,12 %		

Ihren Höchststand erreichte die Bewegung im Jahre 1921. Seither ist ein gewisser Rückschritt eingetreten. Ein Rückschritt aber, der zunächst nicht auf parteiinterne Gründe zurückzuführen ist, sondern auf jenes einzigartige System, mit dem der Freisinn sein Kapital politische Zinsen tragen läßt. Wohl fällt ins Gewicht, daß der Kanton Solothurn keine einzige Großstadt (nach schweizerischen Begriffen) verzeichnet, die ein Zentrum der Aktion sein könnte, wie Bern oder Zürich, und in dem eine größere Zahl von Parteigenossen sich eine unabhängige Stellung bewahren und unter dem Einfluß der städtischen Verhältnisse sich zu geschulten Propagandisten entwickeln könnten. Leider ist auch die geographische Lage so, daß große Gebiete nur durch zeitraubende Reisen, die nur zu oft nicht einmal per Bahn ausgeführt werden können, zu erreichen sind. Alle diese Hindernisse sind jedoch zu überwinden, wie das in andern Kantonen geschehen ist. Jedes Opfer an Zeit und Geld wird indessen in Frage gestellt durch den freisinnigen Unternehmer und seine Trabanten, die nichts scheuen, um die Macht des Freisinns zu festigen und auszubauen. Dieses System des leidenschaftlich politisierenden Industriellen ist anderwärts nicht zu finden. Deshalb sei es mit einigen Hinweisen gekennzeichnet.

IV.

Solothurn ist der am stärksten industrialisierte Kanton der Schweiz. Die sich von der Landwirtschaft ernährende Bevölkerung ist in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren von etwa 26 Prozent auf etwa 20 Prozent zurückgegangen. In den Zeiten der Hochkonjunktur sind rund 40 000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt. Wie groß das Rekrutierungsgebiet für die organisierte Arbeiterschaft noch ist, geht daraus hervor, daß bei den Kantonsratswahlen Anfang Mai 1937 ganze 8138 Stimmen für die Sozialdemokraten abgegeben wurden. Stellen wir aber diese Stimmenzahl den Auswirkungen der Krise gegenüber, so wird der aufmerksame Beobachter sofort erkennen, daß diese Ziffer noch ganz beträchtlich ist, wenn man bedenkt, daß während der Dauer der Krise nicht mehr als 24 000 bis 25 000 Arbeiterinnen und Arbeiter ihrem Verdienst nachgehen konnten. Die *gesamten* Krisenaufwendungen des Staates, dessen Finanzdepartement Genosse Regierungsrat Jacques Schmid leitet, betragen von 1930 bis Ende 1936 rund 30 Millionen Franken! *Der Aufschwung in der Wirtschaft fiel nun zeitlich zusammen mit den Vorbereitungen für die Kantonsratswahlen.* Und da die Vorbereitungen des Freisinns nicht innerhalb seiner Partei getroffen werden, sondern zur Hauptsache in den Machtbereich des Unternehmers fallen, ist es verständlich, daß eine während mehr als einem halben Dutzend Jahren beispiellos zermürbte und heimgesuchte Arbeiterschaft — Grenchen! —, wie sie nur in den Uhrententren der welschen Schweiz, im Berner Jura und im Neuenburgischen, anzutreffen ist, ein für den *Unternehmerterror* überaus günstiges Objekt blidet.

In Schönenwerd liegen die Schuhfabriken der Familie *Bally*. In der Klus und in Gerlafingen beschäftigen die *von Roll'schen Eisenwerke* Tausende von Arbeitern. In *Grenchen* treiben die *Uhrenfabrikanten* ihr politisches Unwesen. Bis zur Stunde ist es in Schönenwerd keiner Gewerkschaft gelungen, in das Königreich *Bally* einzudringen. In den von *Roll'schen Eisenwerken* hat die Organisation eine gewisse Stärke erreicht, ist aber nicht in der Lage, zur Regelung der Arbeitsbedingungen ein *maßgebendes* Wort mitzureden. Zu diesen beiden Großbetrieben der Schuh- und Metallindustrie gesellt sich noch eine Anzahl weiterer Unternehmungen, die alle auf viele Jahrzehnte des Bestehens zurückblicken. Ihre Gründung fällt in eine Zeit, in der die Gewerkschaften noch nicht so einflußreich wie heute waren. Die Angestellten und die chargierten Arbeiter in den Betrieben sind seit Dutzenden von Jahren sorgfältig vor allem hinsichtlich ihrer politischen Gesinnung ausgewählt. *Sie* sind die Freisinnführer in den die Betriebe umgebenden Ortschaften. So wie sie den Arbeiter zur Arbeit treiben, so treiben sie ihn auch zur Urne. Die Arbeiterschaft ballt sich nicht in größeren Städten zusammen. Sie verteilt sich in ländliche Gegenden, betreibt daneben ein wenig Landwirtschaft, und vor allem kennt jeder den andern, weiß genau, was der eine tut und der andere nicht läßt. Jahrelang führten die sogenannten Dorfpäpste im Einzugsgebiet von Schönenwerd die Arbeiter zum Wahllokal, nachdem sie ihnen zuvor den freisinnigen Stimmzettel in die Hand gedrückt hatten. Vor ihren Augen mußte er

in die Urne gelegt werden. Von Demokratie war keine Rede. Eine vom Volk angenommene sozialdemokratische Initiative brachte endlich die *Wahlzelle*, in der jeder Stimmberechtigte ohne freisinnige Aufsicht einen der bereitliegenden Stimmzettel nehmen und im Stimmkuvert versorgen kann. Die Freisinnigen lachten jedoch zuletzt. Nunmehr verrät ihnen jeder längere Aufenthalt in der Wahlzelle, daß am präparierten freisinnigen Stimmzettel eine Aenderung vorgenommen worden ist oder dieser sogar mit einem sozialdemokratischen vertauscht wurde.

Doch noch viel wirksamer als diese Art Stimmkontrolle ist die Schindluderei, die mit dem Brotkorb getrieben wird. Konsequent durchgeführt in jedem freisinnigen Betrieb, wie die bis über die Grenze des gesetzlich Zulässigen hinaus organisierte Stimmbeeinflussung, kann der Unternehmer in Krisenperioden, dann aber auch besonders zu Beginn der Konjunktur, da die Arbeitskräfte wieder in den Produktionsprozeß eingereiht werden, einen furchtbaren Druck ausüben, wenn er zunächst die politischen Ausweise des Stellenlosen einer Prüfung unterzieht und erst hernach die Arbeitszeugnisse kontrolliert. Die massenhafte Einstellung von Arbeitern war ein ungünstiges Zeichen für die bevorstehenden Kantonsratswahlen. Arbeit konnte fast jeder finden, wenn er Gewähr bot, daß er zu gegebener Zeit den freisinnigen Stimmzettel verwende. — Der Familienvater kann morgen schon mit seiner Arbeit beginnen — wenn sein Sohn sich der Jungliberalen Bewegung anschließt. Einer Tochter kann es genau gleich gehen — wenn sie zu Hause wissen, »was sie zu tun haben«. — Ein Arbeiter ist hinsichtlich seiner politischen Gesinnung als unzuverlässig bekannt. Der solothurnische Industrielle benötigt kein Konzentrationslager, um den Mann von seinem sozialdemokratischen »Untermenschentum« zu kurieren. Seine Akkordansätze werden einfach so lange verschlechtert, die Verdienstchance durch Zuteilung einer entsprechenden Arbeit so lange verringert, bis der Betroffene, der sich und die Seinen mit dem sozialdemokratischen Parteiprogramm nicht ernähren kann, so weit ist, daß er sich in politischen Fragen mindestens desinteressiert. — In einer gewissen Ortschaft besteht seit Jahren ein ziemlich starker Arbeiterkulturverein. Wenn die Krise beginnt, sind seine Mitglieder die ersten, die aufs Pflaster fliegen. Wie es wieder anzieht, werden aus dem gleichen Ort Dutzende von jungen Leuten beschäftigt — die Mitglieder dieser Arbeiterkulturorganisation warten heute noch auf Arbeit . . . Oder es kommt vor, daß eine Firma ihre Arbeiter Häuser bauen läßt und ihnen einen Beitrag von 10 Prozent à fonds perdu leistet. Und wie viele begeben sich nicht gerne ihrer politischen Handlungsfreiheit um das Linsengericht der 10 Prozent? Vor Wahlen werden den Arbeitern Kartoffeln geschenkt. Es wird ihnen Geld zugesteckt, oder in einzelnen Dörfern wird in den Wirtschaften Bier ausgeschenkt — die Wirtschaft ist so voll wie ihre Gäste, die sich für die Bezahlung ihres Rausches keine Sorgen machen müssen, da die Sache »nachher« durch ungenannt sein wollende Gönner in Ordnung gebracht wird! Und welche Verpflichtungen entstehen wohl allen jenen, die das Glück haben, zum Kreise der Auserwählten zu gehören,

denen die stärkste Persönlichkeit des solothurnischen Freisinns, Herr Dr. Schöpfer, Bürgschaften im schätzungsweisen Betrag von insgesamt 4 000 000 Franken unterschrieben haben soll?

Den Unternehmerterror hat Herr *Iwan Bally* vor den Kantonsratswahlen in aller Offenheit in einem in der freisinnigen Presse erschienenen Artikel bestätigt, wenn er dort schrieb:

»Zur Kernfrage, ob ein Arbeiter freisinnig werden müsse, um seinen Platz bei uns zu behalten, antworte ich: Nein. Jeder Arbeiter, der seine Pflicht tut, ist uns recht. **Als Arbeitgeber ist es unsere Pflicht, neutral zu sein, aber als Arbeitgeber ist es auch unsere Pflicht, Elemente zu entfernen, die glauben, ihrerseits in den Arbeitssälen politisieren zu dürfen, die gegen uns hetzen, den Arbeitsfrieden und den von uns erstrebten sozialen Frieden stören.**«

Ein noch krasserer Beispiel registriert das *freisinnige* Lokalblatt von Grenchen, das nach den Wahlen eine Zuschrift zu veröffentlichen gezwungen war, die mit »Einige freisinnige Wähler« unterschrieben ist. Sie lautet u. a.:

»Die Gemeinderatswahlen vom letzten Samstag und Sonntag haben ... eine betrübliche und unannehmbare Wahlbeeinflussung erfahren, die in keinem Falle weiter geduldet werden kann. Kandidaten, die von der Freisinnigen Partei auf die Liste genommen und bestätigt wurden, sind von einzelnen freisinnigen Fabrikherren mittels Zetteln bei ihren großen Wählermassen als nicht genehm zur Streichung empfohlen worden ... Einer solchen Fabrikdiktatur gehört eine Opposition, und zwar so lange, bis die Einmischung hinter den Kulissen ein Ende nimmt. Wir verurteilen eine solche Wahlbeeinflussung, obschon der Richter in diesem Falle das letzte Wort zu sprechen hätte. Eine solche Wahl sollte kassiert werden.«

Schrecken die Fabrikanten selbst vor der Diktatur in der eigenen Partei nicht zurück, um wieviel brutaler muß ihr Benehmen logischerweise gegenüber politisch Andersdenkenden erst sein!

Alle diese Mittelchen sind als solche in andern Kantonen nicht unbekannt. Wo ist der Arbeiter, den sein Brotherr nicht zu ködern versucht? Unbekannt aber dürfte andernorts die Anwendung solcher Maßnahmen als ein über den ganzen Kanton fein ausgeklügeltes und raffiniertes *System* sein, das einem Netze gleich über die Opfer ausgeworfen wird und dessen Maschen keiner entkommt, wenn er nicht ein alter Kämpfer ist, der die Würde seiner politischen Unabhängigkeit über die »Ehre« jener Kreaturen stellt, die sich mit ihrer Willfährigkeit eine sichere Stelle zu erkaufen hoffen. Viele Hunderte unserer wackeren und tapferen sozialdemokratischen Vertrauensleute haben im Kanton Solothurn in langen Jahren schwerste Opfer gebracht. Sie kennen die Maschinerie des Terrors und lassen sich nicht so schnell unterkriegen. Besonders stark ist neuerdings der Druck, der auf die *Jungen* ausgeübt wird.

Diese Jungen hatten nie Gelegenheit, ihre Ueberzeugungstreue im Feuer sozialistischer Diskussionen zu stählen, ihren Geist mit der Schlagkraft sozialistischer Argumente zu panzern, sich ein Rüstzeug und Waffen zu schmieden, die sie befähigen, Hieb und Stich zu parieren. Die sozialistische Bewegung ist in den letzten Jahren verflacht,

ging mehr in die Breite als in die Tiefe. Auch dann, wenn man die Politik der Mitte als eine aus den Notwendigkeiten des Tageskampfes hervorgegangene Linie rückhaltlos anerkennt, darf auf diese Erscheinung hingewiesen werden. Vielfach wird aus dem Zusammengehen mit den andern Richtliniengruppen, dessen Dringlichkeit wir als unbestritten bezeichnen möchten, der irriige Schluß gezogen, die sozialistische Erziehungsarbeit, deren Ziel das Ideal eines unerbittlichen Kämpfers ist, sei damit überflüssig. Unter dem Regime einer meistens lauwarmen Politik erliegt die Jugend dem Brotkorb-Argument der Unternehmer, die sich in der *Jungliberalen Bewegung* einen äußerst aktiven Kampftrupp geschaffen haben, deren Empfehlungskarte einerseits zwar die politische Handlungsfreiheit aufhebt, aber andererseits für den arbeitslosen jungen Mann einen sicheren Wechsel auf einen Arbeitsplatz bedeutet. Dazu bildet eine unübersehbare Zahl sehr tätiger Vertrauensleute den zweiten Pfeiler, auf dem der Erfolg des Freisinns beruht. Sie bedienen sich je nach Bedarf der geschilderten Methoden. In vielen Fällen aber genügt schon die gewöhnliche mündliche »Aufklärungsarbeit«, um den kleinen Mann alles das in Sachen Stimmabgabe versprechen zu lassen, was der freisinnige Vertrauensmann hören will, denn die Macht, die er repräsentiert, verleiht seinen Worten den erforderlichen Nachdruck.

Ausgestattet mit einer so großen wirtschaftlichen Gewalt, versehen mit einer Masse von Briefträgern, Gemeindefunktionären, Lehrern, Staatsbeamten usw., die alle im Bannkreis *einer* Partei, der freisinnigen, stehen, so hat der Freisinn am Ende der großen Krise seinen Wahlfeldzug begonnen. Daß er dabei den Sozialdemokraten nicht mehr als 206 Stimmen abzunehmen vermochte, ist ein ermutigendes Zeichen und gleichzeitig ein schönes Zeugnis für das Beharrungsvermögen der sozialdemokratischen Wählerschaft.

An der Spitze der Division Schöpfer stehen *kluge Parteitaktiker*. Es hat keinen Sinn, den Kopf in den Sand zu stecken und die Dinge nicht so sehen zu wollen, wie sie sind. Es sind Bourgeois und nicht sozialer gesinnt als der Durchschnittskapitalist. Aber sie wissen im richtigen Moment Opfer zu bringen. Sogar, wenn sie einen Griff in den Kassenschrank tun müssen. Sozialpolitik gehört bei ihnen zum guten Ton, wie das Almosen zum Reichen. Er kann mit ihm die Not nicht beheben, doch beruhigt er damit sein Gewissen, und es sieht aus, »als ob« . . . Wohltun trägt Zinsen. Einige solothurnische Unternehmer haben eine Reihe sozialer Institutionen geschaffen. Die Beträge, die sie ausrichten, geben zuwenig zum Leben und zuviel zum Sterben. Wie das so üblich ist. Aber sozialpolitische Forderungen der Sozialdemokraten werden mit dem Hinweis auf diese Institutionen erledigt, obschon sie nur ein kläglicher Ersatz sind, der den gewollten Zweck keineswegs erfüllt. Ein anderes Beispiel: Die Verhältnisse auf dem Hypothekenmarkt sind unhaltbar. Der Zusammenbruch ist faktisch bereits da. Eine über Nacht beinahe einflußreich gewordene Bewegung, die die Regierung mit Eingaben bombardiert, verlangt durch eine Initiative die Errichtung einer Hypothekenversicherung. Die Sache wird vom Kantons-

rat mit juristischen Spitzfindigkeiten abgetan. Geschaffen wird auf freisinnige Anregung hin eine Hilfskasse, die die Profite der Banken nicht berührt, die den Leuten auch nicht die nötige Hilfe bringt, wohl aber dem Freisinn ein willkommenes Argument sozialpolitischer Art. Oder: Zur teilweisen Finanzierung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms wird die Verlängerung der kantonalen Krisenabgabe beschlossen, die von etwa 20 Prozent der Steuerpflichtigen zu bezahlen ist. Unter Führung freisinniger Industrieller geht dem Bundesgericht ein staatsrechtlicher Rekurs zu, worauf die *Freisinnige* Partei schlank eine Initiative lanciert, nach der der kantonalen Verfassung ein Notstandsartikel einverleibt wird, der das Recht des Staates statuiert, in Krisenzeiten eine ähnliche wie die vom Rekurs bedrohte Steuer zu erheben. Damit ist allerdings erst das *Recht* geschaffen, dem Freisinn indessen noch nicht die *Pflicht* zu dieser Steuer auferlegt. Diese Tat ist nur eine halbe. Für den Freisinn ist sie aber unter allen Umständen ein ganzes Argument. Das Volk hat sich beruhigen lassen.

Sehr ausgeprägt zeigte sich diese Politik des sozialpolitischen »als ob« vor den Wahlen in Lohnfragen. Die bürgerliche Presse konnte aus einigen Fabriken melden, daß hier eine Lohnaufbesserung eingetreten sei und dort wieder eine Zulage ausgerichtet würde. Die beispielsweise fünf Prozent, die in einem Unternehmen ausgerichtet wurden, waren für die freisinnigen Redakteure ein gefundenes Freskogemälde, sie verschwiegen aber wohlweislich, daß zuvor die Löhne um *zwanzig* Prozent abgebaut worden sind. Die Löhne sind auch *nach* der aus wahlpolitischen Rücksichten diktierten Aufbesserung lächerlich gering, von Ausnahmen abgesehen. Doch alles das hat, wie wir schon weiter oben sahen, das geringe Opfer gelohnt. Der Freisinn eroberte sich die Mehrheit. Und im gleichen Zug wird es den Gewerkschaften verwehrt, ihre weitergehenden Forderungen geltend zu machen ... Nennen wir zum Schluß noch den freisinnigen Posthalter, der weiß, wer die sozialdemokratische Zeitung abonniert hat, so ist die Liste jener Schliche, deren sich der Freisinn zur Sicherung seines Einflusses bedient, leider immer noch nicht erschöpft. Aber das, was wir anführten, gibt einen ungefähren Begriff von dem ungeheuren Apparat, der dem Freisinn zur Verfügung stand, als er sich anschickte, die ihm verlorengegangene Mehrheit wieder zu erobern.

V.

So ist der solothurnische Freisinn zum Teil als Ueberwinder des Konservatismus, zum Teil infolge seiner gerissenen Politik und der rücksichtslosen Verfolgung des politischen Gegners die solothurnische Mehrheitspartei geblieben. Der freisinnig stimmende Katholik, wie ihn der Kanton Solothurn in großer Zahl verzeichnet, ist kein Zufallsprodukt. Auch das in bestimmten Fällen vorkommende Zusammenmarschieren der durch unüberbrückbare Gegensätze getrennten Sozialdemokraten und Konservativen ist kein Paradoxon. Paradox wäre höchstens eine sozialdemokratische Politik, die darauf verzichtet, gegen den übermächtigen Feind anzurennen, nur weil die Konservativen *ihren*

Interessen gemäß den gleichen Gegner bekämpfen. Diese durch eine säkuläre Herrschaft begründete Macht des Freisinns hat es glücklich verstanden, die *Parteiensplitterung* zu vermeiden, die da und dort im Land auch ein Schrittmacher unserer Erfolge gewesen ist. Weder haben die Bauern ihre eigene Partei, noch verfügt das Gewerbe über eine selbständige politische Organisation. Im Kanton Solothurn blieb das *Drei-Parteien-System* unversehrt. Als vor den Kantonsratswahlen die von Duttweiler abhängigen »Unabhängigen« Miene machten, mit einer eigenen Liste in den Kampf zu ziehen, wurde ihrem Führer, dem Flieger Farner, prompt der Flugplatz gekündigt, und es hat nur noch des auf diese Meldung hin erfolgten Dementis bedurft, um der Richtigkeit dieser Nachricht gewiß zu sein. Farner zog es hierauf vor, seinen politischen Sinn zu zügeln und hochtrabenden Aspirationen zu entsagen. Bei den nach dem Großkampf um den Kantonsrat folgenden Gemeinderatswahlen erzielten die »Unabhängigen« 1 Mandat in Solothurn mit 168 Stimmen und eines in Grenchen mit 134 Stimmen, während sie in Dulliken auf der Strecke blieben.

Und als ob der Schwierigkeiten noch nicht genug wären, mit denen die Arbeiterschaft zu kämpfen hat, wird sie auch noch von den Kommunisten beglückt. Die folgenden Zahlen geben Auskunft über die Stärke der KP. in den zwei einzigen Jahren, in denen sie sich an Wahlen beteiligte:

1921: 119 Stimmen = 0,40 ‰
1937: 519 Stimmen = 1,31 ‰

Zu einem Mandat reichte es nicht hin. Bedauernd konstatierten überdies die »Basler Nachrichten« in einem Kommentar: »*Die Freisinnigen haben somit nicht von indirekter Wahlhilfe der Kommunisten profitiert.*« — Was die Kommunisten freilich nicht hindert, von dem gewaltigen Dienst zu grampolen, den sie mit ihrer Spalterei der Sache der Arbeiterbewegung angeblich leisten! Nicht intelligenter ist ihre Rolle ausgefallen, die sie bei den Gemeinderatswahlen spielten. Mit Ausnahme von *Derendingen* beteiligten sie sich nirgends. Die Stoßkraft, die sie der Arbeiterschaft verliehen, nahm so drastische Formen an, daß sie auch dem Einfältigsten die Augen öffnet: Die Sozialdemokraten traten zwar einen Sitz an die Kommunisten ab, verloren jedoch zugleich ein Mandat an das Bürgertum! Mit den verlorengegangenen kommunistischen Stimmen aber hätte das vom Bürgertum eroberte Mandat gehalten werden können! In Olten zum Beispiel »unterstützten« die Kommunisten nach ihrer Parteiparole die Sozialdemokraten. Resultat: Es wurden genau zwei sozialdemokratische Stimmen weniger abgegeben bei den Gemeinderatswahlen, als dies bei den Kantonsratswahlen der Fall gewesen ist, wo die Sozialdemokraten nicht die Gunst der kommunistischen Partei besaßen und die Schlacht allein schlugen. Man sollte glauben, nach der mehrfach unter Beweis gestellten kommunistischen »Erfolgs«-Taktik hätten die Spezialisten für Intelligenz etwas gelernt. Nicht nur ist dem nicht so. Sie berufen sich auch noch auf Moskau — als ob in Moskau solche Dummköpfe das Zepter führten! Ungeachtet der turmhohen Schwierigkeiten, der objektiven Verhält-

nisse, wird einfach dreingefahren. *Die Zeche bezahlt die Arbeiterschaft natürlich, weil die kommunistischen Wähler nicht in bürgerlichen Kreisen geholt werden.*

VI.

Wer so die Verhältnisse betrachtet und die Bedingungen kennt, unter denen die solothurnische Sozialdemokratie sich den Weg in die Zukunft bahnt, wird das Ergebnis der letzten Kantonsratswahlen und der ihnen gefolgt Gemeinderatswahlen — hier konnten einige Gewinne die erlittenen Verluste nicht aufholen — trotz ihres negativen Ausgangs nicht pessimistisch beurteilen. Wer weiß, daß im Kanton Solothurn der sozialdemokratische Wähler in jeder Gemeinde *systematisch* von Kirche und Kapital bespitzelt und verfolgt wird, daß er täglich das Opfer der Kontrolle einer Partei sein kann, wie sie sonst nur in *faschistischen* Staaten funktioniert, der ist auch in der Lage, die über 8000 für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmen richtig zu würdigen.

Für die Partei selbst stellt sich die Frage: *Wie kann dem wirtschaftlichen Terror, der um so stärker wird, je tiefer hinab die Niedergangsepoche des Kapitalismus führt, wirksam begegnet werden?* Der Sieg des Solothurner Freisinns hat weit im Lande herum Aufsehen erregt. Sein Rezept dürfte deshalb nicht auf das Gebiet, wo seine Schöpfer tätig sind, beschränkt bleiben. Die Anwendung dieses Systems wird um so bedenkenloser einreißen, als wir hier ein Musterbeispiel dafür haben, wie unter dem Deckmantel der Demokratie Gewaltmethoden unerhörter Art zur Anwendung gelangen, die die Demokratie, das heißt das freie Selbstbestimmungsrecht aller Stimmberechtigten, in Frage stellen.

Das Wahljahr 1937 hat die Arbeiterklasse für einmal gewarnt. Sie wird gut daran tun, diese Warnung nicht zu überhören.

Zu den Prozessen und Erschießungen in Sowjetrußland

Von Walter Bringolf.

In wenigen Wochen jährt sich der Prozeß gegen Sinowiew und Genossen, der mit der Erschießung von 16 Angeschuldigten endete. Wer damals erwartete, daß es sich um eine einmalige Tragödie der Russischen Revolution handle, sah sich getäuscht. Prozesse und Erschießungen jagen sich. Sie werden zeitweise nur durch Selbstmorde »durchbrochen«. Die Zahl der Sowjetfunktionäre, welche seit Jahresfrist ihr Leben lassen mußten, geht in die Hunderte. Alte Bolschewiken, deren Leben mit der Befreiung des russischen Volkes nahezu identisch war, sind in großer Zahl unter den Opfern. Zu ihnen stoßen Generäle, Direktoren industrieller Unternehmungen, Ingenieure, Wissenschaftler, Schriftsteller, mit einem Wort Männer, die in den letzten Jahren des